

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 982

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/2623

Repowering und Neuerrichtung von Windenergieanlagen in der Nähe von Wohnbebauung in Bernau

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: In der Stadt Bernau kommt es wiederholt zu Belästigungen, die im Zusammenhang mit Windenergieanlagen stehen. Insbesondere zu Lärm und körperlichen Beeinträchtigungen wurden in der Großen Anfrage „Chancen, Kosten und Risiken der erneuerbaren Energien in Brandenburg“ (Drs. 7/1693) Hinweise gegeben und Fragen gestellt. Dennoch reißen die Bürgeranfragen zum Thema Windenergie, insbesondere Repowering alter Anlagen, nicht ab. Ein Beispiel aus Bernau im Zusammenhang mit dem Genehmigungsbescheid Nr. 20.093.00/16/1.6.2V/T13 ist charakteristisch für viele im Landtag eingehende Bürgeranfragen.

1. Wie verändern sich die immissionsschutzrechtlichen Bedingungen bei Repowering mit einer größeren Anlage am gleichen Standort? Wurden aktuelle Kenntnisse zu Änderung von Strömungsverhältnissen, Veränderung des Lärmpegels und gegebenenfalls Änderungen bei niedrigfrequentem Schall und Infraschall im gleichen Mindestabstand berücksichtigt?

Zu Frage 1: Beim Repowering werden bestehende Anlagen durch neue Anlagen, abhängig von den Platzverhältnissen im Windfeld, ersetzt. Die geänderten Bedingungen werden in der Regel in einem Neugenehmigungsverfahren beurteilt. Eine Genehmigung kann erteilt werden, wenn schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft nicht hervorgerufen werden können.

2. Wie wird der Restriktionsbereich von 200 Metern im Rahmen des 1.000-Meter-Mindestabstands zur Wohnbebauung begründet, da bei der neu errichteten WEA 10 der Abstand von 1.000 Metern nicht eingehalten wird?

Zu Frage 2: Die Regionalplanung beschränkt die Windenergienutzung (WEN) auf Wind-eignungsgebiete. Um diese Gebiete nach einem schlüssigen Planungskonzept zu ermitteln, verwendet die Regionalplanung eine Fülle von Kriterien. Dazu zählen auch vorsorgend eingeplante Abstände von Windeignungsgebieten zur Wohnbebauung. Diese Planungskriterien sind nicht gleichzusetzen mit einer „Mindestabstandsregelung“ für Windenergieanlagen. Die Regionalplanung als großräumige Planungsebene darf Windeignungsgebiete nicht

metergenau abgrenzen und auch keine Standorte für Windenergieanlagen festlegen, denn das entspricht weder ihrer Aufgabe noch ihrem Maßstab. Die Stadt Bernau liegt im Gebiet der Regionalen Planungsgemeinschaft (RPG) Uckermark-Barnim. Die Region verfügt über einen rechtswirksamen Regionalplan für die Steuerung der WEN. Zu dem Kriterium „200 m Restriktionszonen (zwischen 800 und 1.000 m) zu Wohngebäuden und überbaubaren Grundstücksflächen in dem Wohnen dienenden Gebieten gemäß §§ 3 bis 7 Baunutzungsverordnung (BauNVO) sowie zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen im Außenbereich und zu Kur- und Klinikgebieten“ der RPG wird in der Begründung zu der Festlegung von Wind-eignungsgebieten folgendes ausgeführt:

„Aus Gründen des vorsorgenden Immissionsschutzes finden bei der Festlegung von Eignungsgebieten Windenergienutzung Schutzzonen zu dauerhaften Wohnnutzungen Anwendung. Die Schutzzonen zu Wohnnutzungen werden an einem Wert von 1.000 m ausgerichtet, wobei 800 m als regionalplanerisch begründete, „weiche“ Tabuzone und die anschließenden 200 m (zwischen 800 und 1.000 m) als Restriktionszone festgesetzt werden. Die Zone zwischen 800 und 1.000 m wird als Restriktionskriterium festgesetzt, um in der Abwägung berücksichtigen zu können, dass sich in der Zone zwischen 800 und 1.000 m rund 40 % der in der Planungsregion insgesamt existierenden Windenergieanlagen sowie zahlreiche als Satzung in Kraft getretene Bebauungspläne für Windenergienutzung auf Grundlage des Regionalplans 2004 befinden (Stand: April 2016).

Im Sinne des vorsorgenden Immissionsschutzes ist innerhalb der 200-m-Restriktionszone (zwischen 800 und 1.000 m) die erstmalige Neufestlegung von Eignungsgebieten zur Windenergienutzung in der Regel ausgeschlossen.

Soweit in der 200-m-Restriktionszone bereits Windenergieanlagen auf Basis von Eignungsgebieten Windenergienutzung des Regionalplans 2004 und/oder Baufeldern für Windnutzung von in Kraft getretenen Bebauungsplänen errichtet oder genehmigt worden sind und keine sonstigen Belange entgegenstehen, werden die Standorte dieser Windenergieanlagen im Rahmen der Regionalplanfortschreibung fortgeführt und in der Regel erneut in Eignungsgebiete Windenergienutzung aufgenommen.

Auf diese Weise wird ein hoher Anteil vorhandener Standorte für Windenergieanlagen (rund 80 % des Windenergieanlagenbestandes) in Eignungsgebiete Windenergienutzung integriert und planerisch für Repoweringmaßnahmen gesichert. Dies führt insgesamt zu einem sparsamen Flächenverbrauch bei der Umsetzung der energiepolitischen Zielsetzungen und der Realisierung der Energiestrategie des Landes Brandenburg. Mit diesem Vorgehen trägt der Plangeber einerseits dem vorsorgenden Immissionsschutz Rechnung und berücksichtigt andererseits in angemessenem Maße bisherige Planungen zur Windenergienutzung in der Abwägung.“ (Quelle: Amtsblatt für Brandenburg - Nr. 43 vom 18. Oktober 2016, S. 1332 und 1334 f.)

3. Welche Alternativvarianten gibt es für das Repoweringvorhaben WEA 7 und die Neuerichtung WEA 10?

Zu Frage 3: Dem LfU sind keine Alternativvarianten bekannt.

4. Der Koalitionsvertrag sieht für vorbelastete Flächen eine Erhöhung des Abstandes auf 1.500 Meter vor. Wie wird diese Empfehlung jetzt und zukünftig in Repowering-Verfahren berücksichtigt?

Zu Frage 4: Der Koalitionsvertrag erhält den Auftrag, „eine Vergrößerung der Abstandsempfehlung zu besonders belasteten Siedlungen auf 1.500 Meter zu prüfen“ (Ziffer 3475 f.). Für

das Repowering von Windenergieanlagen ist eine immissionsschutzrechtliche Zulassung erforderlich. Der Koalitionsvertrag entfaltet in diesen Verfahren keine rechtliche Wirkung.

5. Im Rahmen der Erarbeitung erweiterter Kriterien für die Regionalplanung durch die Landesministerien ist auch auf die Betroffenheit der Anwohner und aktuelle Gutachten aus Bundesländern und aus der EU zurückzugreifen. Wie werden diese ab 1. Juli 2020 berücksichtigt? Welche Belästigungseffekte auf Grund der Wahrnehmung von Windenergieanlagen und weitere beeinflussende Faktoren sind bekannt? Welche Betroffenheiten der Anwohner wurden dabei anerkannt?

Zu Frage 5: Zu den Möglichkeiten und Grenzen der Regionalplanung wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

6. Nach Inbetriebnahme kommt es aufgrund lokaler Gegebenheiten immer wieder zu Abweichungen gegenüber den Normen und Prognosen. Wie werden Vorbelastungen, zum Beispiel durch Lärm und Licht aus anderen Quellen, in der Planung von Windenergieanlagen berücksichtigt?

Zu Frage 6: Bei Abweichungen vom genehmigungskonformen Betrieb wird der Anlagenbetreiber aufgefordert, diese zu beheben. Kommt er dieser Forderung nicht nach, werden ordnungsrechtliche Maßnahmen eingeleitet. Vorbelastungen durch Lärm sind nach den Anforderungen der Technischen Anleitung zum Schutz vor Lärm (TA Lärm) in den beizubringenden Lärmprognosen zu berücksichtigen. In Brandenburg wird zusätzlich der WKA-Geräuschimmissionserlass angewendet, der die umfangreichere Berücksichtigung der vorbelastenden Geräuschimmission verlangt. Das führt zu strengeren Beurteilungsmaßstäben im Vergleich zu den allgemeinen Anforderungen der TA Lärm.

7. Welche Möglichkeit haben betroffene Anwohner und Anlieger einen rechtmäßigen Zustand von Windkraftanlagen einzufordern bzw. durchzusetzen?

Zu Frage 7: WKA werden rechtmäßig betrieben, wenn die Anforderungen der Genehmigung eingehalten werden. Besteht der Verdacht, dass Genehmigungen nicht eingehalten werden, können Betroffene ihre Wahrnehmungen dem LfU mitteilen. Des Weiteren steht jeder Bürgerin/jedem Bürger der Rechtsweg offen.

8. In vielen Fällen führen Beschwerden beim LfU, Kreisen und Kommunen über spezifische Windkraftanlagen nicht zu einer Abstellung des Problems. Häufig ist der Klageweg aus finanziellen Gründen für die Bürgerinnen und Bürgern nicht möglich. Was kann der Bürger unternehmen, um außerhalb des Klageweges eine Abstellung zum Beispiel der Lärmüberschreitung zu erreichen?

Zu Frage 8: Behörden können gegenüber Anlagenbetreibern nur tätig werden, wenn Verstöße gegen Rechtsvorschriften und Genehmigungsaufgaben festgestellt wurden. Sollten Behördenvertreter trotz festgestellter Rechtsverstöße untätig bleiben, besteht neben dem Klageweg auch die Möglichkeit der Fachaufsichtsbeschwerde.

9. Besteht bei Überschreitungen von immissionsschutzrechtlichen Werten die Möglichkeit, Bußgeldverfahren und/oder Verfahren zur Bürgerentschädigung gegen die Betreiber der Windenergieanlagen zu eröffnen? Wenn ja: Welche und auf welchem Weg können diese

angestoßen werden? Wenn nein: Wären solche Verfahren rechtlich möglich? Ist die Einrichtung solcher Verfahren durch die Landesregierung geplant?

Zu Frage 9: In § 62 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes sind die Tatbestände für Ordnungswidrigkeiten aufgeführt, die zu einem Bußgeldverfahren führen können. Bürgerentschädigungen können auf dem Zivilrechtsweg erstritten werden.